

mit diesem von Versammlungen und Beleidigungen der KPD nur so frohenen Herrschafte bestreift, wird am Schluß dieses Artikels eingestanden, wo es heißt:

„Deutsche hat uns (die KPD) bei den Volksmärschen in ein schönes Spiel gebracht. Die nicht genau unterrichteten Arbeiter haben angenommen... daß an ihren Angriffen (den Angriffen der Kommunisten, d. Red. d. Arbeiters) etwas Wahres sein müsse. So kann es deshalb nicht weitergehen. Wie haben die Füchse zum Angriff auch gegen das arbeitsfreudige Verhalten der KPD. Wir müssen endlich den uns erträglichen Zustand überwinden, daß Deutschland das einzige (?) Land der Welt ist, in dem eine Sektion der Komintern noch etwazu zu bestehen hat.“

So heißt es in den Schlusssätzen dieses Artikels. Und das ist wahrlich deutlich genug. Denn es beweist:

Das hegeheute entspringt der Angst vor dem immer machtvolleren Aufkommunistischen Arbeiters in das Vierer der Antifaschistischen Aktion, durch welche

die Schuldämme der sozialdemokratischen Toleranzpolitik immer schärfster unterdrückt werden und in der sich auch die sozialdemokratischen Arbeiter immer zahlreicher formieren.

Bei der sich immer stärker verbreitenden Bewegung der Textilarbeiter in Sachsen sind die Aussichten des gemeinsamen Handels sozialdemokratischer, partizipatorischer und kommunistischer Arbeiter besonders günstig. Die den Verrat der Textilarbeiter schon jetzt in achtnehmenden Verhandlungen vorbereitende

Gewerkschaftsbürokratie ist in höchster Bedrängnis vor der zum Kampf der Textilarbeiter mobilisierenden kommunistischen Opposition und den immer stärker wachsenden revolutionären Kräften.

Das ist es, was die sozialfascistischen Herrscher veranlaßt, mit gezielter Hege gegen die Kommunisten aufzutreten, wie sie im soebigen Artikel der „Dresdner Volkszeitung“ zum Ausdruck kommt. Die dort betriebene Hege, Belästigung und Desmuntation soll Spenghoff gegen die revolutionäre Einheit mit den SPD-Arbeitern sein. Diesen Spenghoff heißt es durch die Verstärkung der kämpfenden Einheitsfront mit den SPD-Arbeitern, durch die gezieltere, energievolle Weiterführung der Nationalsozialistischen Betriebswoche umstritten zu machen.

Wenn wir darum nachdrücklich noch auf Einzelheiten des sozialfascistischen Geschehens eingehen, so deshalb, um die Zusammenhänge zwischen dieser gezielten Kommunistenhege der NSDAP-Führer und der wachsenden Bedeutung der SPD als mittelbare Stütze der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterschaft aufzuzeigen und allen revolutionären Arbeitern Rüstung für die Antifaschistische Aktion zu vermitteln!

Die Verstärkung der sozialfascistischen Hege gegen die Kommunistische Partei ist nicht zufällig, derart demonstriert an demselben Tage ein, an dem wir von der Geheimkonferenz zwischen dem General von Schleicher und einer Reihe sozialdemokratischer Partei- und Gewerkschaftsführer berichten konnten. Auf dieser am 18. August durchgeföhrten Konferenz hat sich Schleicher — wie wir gestern ausführlich berichtet haben — die Tolerierung eines Präsidial-Kabinetts durch die SPD-Führer gefordert!

Was das bedeutet, wird vor allen Dingen durch die Tatsache unterstrichen, daß diese Regierung aus einer im wesentlichen schon festgelegten Koalition vom Zentrum bis zu den Nazis mit dem derzeitigen Reichswirtschaftsminister Schleicher als Kanzler befreit soll.

Welche Bedeutung dieser Kombination zunimmt, das hatte die „Deutsche Zeitung“ schon am Sonnabend vielfach mit der Beamerung angekündigt, daß „die eigentlichsten Entscheidungen über neue politische Möglichkeiten liegen hinter dem Schleier der parlamentarischen Spiele politischen werden“.

Was sich in Wirklichkeit hinter dem Schleier der parlamentarischen Spiele verbirgt, das ist die Konzentration aller faschistischen Kräfte, die Aufführung einer Nazi-Koalitionsregierung unter dem Kommando der Reichsmarine und mit Teilnahme der sozialdemokratischen Koalitionsgenossen mit der Kette. So könnte das Amonstabot, so wähnen Schwerindustrie und Justiz die Durchführung ihrer sozialrevolutionären Pläne, Zusammenarbeit, „Zaristisierung“ und Verfolgung der Sozialversicherung.

Aber Bajonetts allein können den antifaschistischen Massenwiderstand nicht brechen. Die wundervoll bürgerliche Herrschaft ist nur gefährdet, wenn es ihr gelingt, die Kräfte des Proletariats zu führen, seine sämpferische Einheit zu spalten, die Macht vor allem der gewerkschaftlich organisierten Arbeiters als soziale Stütze der Diktatur einzulegen.

Das ist auch die Rechnung die sich die Textilindustriellen in Sachsen gemacht haben, als sie zur Tarifwidrigkeit schritten und als sie zum Schlag gegen die sozialen Löwen in größter Sorge und Not lebenden Textilarbeiter ausholten. Die Textilarbeiter sollten — wie die ganze deutsche Bourgeoisie, daß der gewerkschaftlich organisierte Teil der Textilarbeiter dabei wie ein bald James Lammert hielten würde. Sie möchten diese Arbeiter als soziale Stütze der immer mehr Hunger und Elend lassenden Diktatur einlegen.

Welche Konsequenzen das für die „große“ Politik der Bourgeoisie hat, verrät der dem Papen-Schleicher-Regime nahestehende „Tatkreis“ in einem Artikel vom 4. August, worin er sich mit der Frage der Bürgeldelegierung beschäftigt. In diesem Artikel heißt es:

„Man sollte heute eines nicht vergessen, der Winter, dem wir entgegensehen, ist bereits weitgehend vorgeschritten und beläßt keine eigene wirtschaftliche Logik. Es wäre deshalb einmal wichtig, die Person und vor allem die Persönlichkeit des Kanzlers des neuen Präsidialkabinetts so auszuwählen, daß sie zumindest keinen Angriff gegenüber der proletarischen Front bedeuten, ferner aber schon heute Reserven zu schaffen, die gegebenenfalls in Aktion treten können, wenn es sich in stärkerem Maße darum handeln sollte, mit der proletarischen Front zu rechnen.“

Durch diese Neuerung charakterisiert die Bourgeoisie selbst die SPD und den ATGB als ihre soziale Hauptstütze, die sie auch nach dem sozialfascistischen Umsturz in Preußen trotz aller Vertragsmänder zur Täuschung der Arbeiterschaft gehalten ist. Das bleibt die Sozialdemokratie auch um so mehr, als es der Kommunistischen Partei — wie es die Reichstagswahlen allzu deutlich offenbart haben — gelungen ist, den Vorstoß des Faschismus in die Parteien zum Stillstand zu bringen und stellenweise sogar zurückzudrängen.

Diese Tatsache, die sich mittlerweile allgemein herumspricht, hat, hält jedoch die Dresdner Volkszeitung nicht davon ab, den unglaublichen Schwund zu verzapfen, daß die KPD den Nazis ihr mörderisches Treiben erst ermöglicht habe. Ja, die sozialfascistischen Führer verstiegen sich in dieser Schmeißpfist zur Schändung des unauslöschlichen Andenkens der Kämpfer der Därtischen Räterepublik, die sie für das Wachen der Nazibewegung „verantwortlich“ machen, um von ihrer eigenen Schuld an der Ausbreitung der Nazibewegung, von ihrer wegbleibenden Pflichten für den Faschismus abzulenken.

Um meines hat es den sozialfascistischen Kläffern aber die Ernsthaftigkeit der Kommunisten“ angeht. Offenbar in der Erfahrung des Tatjusche, daß die KPD in den abgepartamenti-

Ghredensurteile im Ohlauer Prozeß

Schwere Zuchthausstrafen gegen Reichsbannerarbeiter

Das Sondergericht hat heute, am 22. August, vormittags das Urteil in dem Prozeß wegen der blutigen Verstöße in Orlau gefällt. Es wurden verurteilt: Der Kreisleiter des Reichsbanner-Kreis 8 zu 4 Jahren Zuchthaus, der Arbeiter Otto Dornbusch zu 3 Jahren Zuchthaus, der Arbeiter Max zu 2 Jahren Zuchthaus, der Arbeiter Ernst Steinhilg zu 1½ Jahren Zuchthaus, der sozialdemokratische Stadtrat Manche zu 1 Jahr Gefängnis und die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis zu 1½ Jahren. Aus 12 Angeklagten wurden freigesprochen.

Der Staatsanwalt wollte gegen die angeklagten Reichsbannerarbeiter, Gewerkschafter und Kommunisten insgesamt 22 Jahre Zuchthaus und 20 Jahre Gefängnis beanspruchen.

Die sozialistische Presse stellt natürlich vieles Klassenurteil in Parallelen zum Deutscher Urteil und bringt ganz unverhohlen zum Ausdruck, daß ihr die brutalen Zuchthausstrafen nicht

genügen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß das Urteilsspruch der Beuthener Richter nicht verhältnismäßig werden wird, die schlechten Männer werden nicht hingerichtet werden, aber die in Orlau verurteilten Arbeiter müssen mit langen Freiheitsstrafen die blutigen Provokationen der Soldaten büßen, ebenso wie alle die Arbeiter hinter Zuchthausmauern verschwinden werden, die allein in den letzten Wochen außer Orlau

genommen haben.

In den uns bekannt gewordenen, in der Woche vom 15. bis

20. August vor den Sondergerichten, Schnellgerichten und Sitzungsräumen durchgeföhrten Verhandlungen wurden

gegen Antifaschisten: Kommunisten, Reichsbanner und parteilose Arbeiter 40 Jahre, 1 Monat und 2 Wochen Zuchthaus und Gefängnis,

gegen Nationalsozialisten: 3 Monate Gefängnis verhängt.

Eine furchtbare, aufdringliche Willkür. Diese Urteile einer Wohl! Die Arbeiterschaft wird es nie vergessen, daß die sozialdemokratische Presse die Notverordnung mit der Einleitung der Sondergerichte begrüßt hat, und erkennen, wie recht die Kommunisten hatten, als sie sagten, daß die Sondergerichte die Nationalsozialisten treffen werden.

In sehr allen der gegen Antifaschisten durchgeföhrten Verhandlungen hat sich die Rolle Hilfe der angeklagten Arbeiter angenommen, ihnen Rechtschutz gewährt und die Unterstützung der Verurteilten und ihren Angehörigen eingesetzelt. Unterstützung des Solidaritätsvertrages der Roten Hilfe!

„Die Fanfare“ verboten

Verbotgründe dürfen nicht veröffentlicht werden

Die Fanfare, das Organ der roten Massenselfschußbewegung und des Kampfbundes gegen den Faschismus ist vom Berliner Polizeipräsidium Dr. Melcher mit sofortiger Wirkung bis zum 7. Oktober 1932 verboten worden. Die Gründe für das Verbot der 11-tägig erscheinenden antifaschistischen Zeitung werden nicht veröffentlicht werden. In einem Schreiben des Berliner Polizeipräsidiums heißt es darüber wörtlich:

„Eine Veröffentlichung der Verbotserklärung würde zu einem erneuten Verbot der Zeitchrift führen.“

Proletarisches Kabarett verboten

Leipzig. Eine für Sonnabend vorgedachte Kabarett-Vorstellung des Kollektivs junger Schauspieler, die bereits genehmigt war, wurde verboten wegen angeblicher Gefährdung des Bürgertums.

Verbandstag des DMB im Zeichen gesteigerter Kommunisten-Hege

Dortmund, 23. Aug. (Sig. Drathb.)
Gestern begannen die Verhandlungen des DMB-Verbandsrates in Dortmund. Nach Angabe des Präsidiums waren 283 Delegierte anwesend. Die Tagung steht im Zeichen einer wichtigen Kommunistenhege. In einer Eröffnungsrede erklärte Reichsleiter: „Wir sind bereit mit jenen Christen zu arbeiten die gewillt sind Wege zu gehen, die aus der Not der Zeit führen.“

Doch das nur auf ein engeres Zusammenwirken mit den Nazis hinzugibt, beweist die alles in den Schatten stellende Rote Front. Bei der Erstattung des Berichtes behauptete Brandes: „Was sich in der Sache zeigt, ist kein Sozialismus — sondern Kapitalismus. Die KPD ist Schuld am Auswachsen des Faschismus.“

In einer Situation, wo die Arbeiter stürmisch nach Ressellung der roten Einheitsfront drängen, halten die DMB-Bürokraten verblümter Weise gegen die kommunistische Bewegung. Wir sind selbst gewiß, daß die klassebewußte Arbeiterchaft in ganz Deutschland nur mit Empörung diese Hege des Faschismus.

sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten zur Kenntnis nehmen wird, deren Sinn wie schon von anderer Stelle der heutigen Zeitung gebührend gebrandmarkt haben.

Papierarbeiter rüsten zum Kampf

Dresden, 23. August. (Sig. Bericht.)
Am 21. August nahm die Belegschaft der Firma Thode, Papierfabrik, Hainsberg, Stellung gegen den geplanten Lohnraub. Sie heftig einstimig. Kampfmaßnahmen zu ergreifen, um die Verschlechterungen abzuwehren. In der Sammlung wurden zwei Delegierte für den Antifaschistischen Kampftag am 28. August in Dresden gewählt.

Stärkste Konzentration unserer Kräfte auf betriebliche Mobilisation!

Das Plenum der BL Sachsen der KPD tagte

Am Sonnabend sagte im Leipzig das Plenum der BL Sachsen der KPD, um eine Reihe politisch aussichtsreich wichtiger Fragen zu beraten. Im Vorbergrund stand selbstverständlich der Kampf der Textilarbeiterfront gegen den Lohnraub, worüber Genoße Selbmann referierte.

In der Diskussion sprach mit verlängerter Redezzeit der Genoße Selbmann, der zunächst die niedrige politische Bedeutung der wirtschaftlichen Kämpfe in Belgien behandelte und dann darauf hinwies, daß die bevorstehenden Kämpfe in Sachsen die Mobilisierung der ganzen Arbeiterschaft notwendig mache.

Die Kämpfe der Arbeiter geschlagen wird, weil sich in diesen Kämpfen — wie es der große Streik in Belgien aufschaulich zeigt — der Überzug der Arbeiter in das Lager der Revolution geradezu stürmisch vollzieht, weitere die sozialfascistischen Führer vor allem gegen diese Kämpfe. In Sachsen tun sie das gerade jetzt um so lauter, als ihre Millionen hier gegenwärtig darin besticht, die Textilarbeiter von Kampfmaßnahmen zurückzuhalten.

Das ist der wesentliche Sinn der unstilligen Hege, wie sie im gefürchteten Leitartikel der Dresdner Volkszeitung zum Ausdruck kam und wie sie die sozialfascistischen Kräfte jetzt mit jedem Tag steigern werden. Aber gerade dieses Gescheit beweist, daß wir auf dem richtigen Wege der Erdeckerung der Mehrheit der Arbeiterklasse sind.

Vor der Antifaschistischen Aktion steht in erhöhte Stunde die Aufgabe der beschleunigten Entfaltung der revolutionären Kräfte, die es in der Antifaschistischen Betriebswoche, vor allem bei der Kampfmobilisierung der Textilarbeiter zu erfüllen gilt.

Sachsen holt einen entscheidenden Abschnitt der Kampffront vor. Die Unternehmerkollektive, gefügt auf faschistischen Terror, muß auf die härteste Konzentrierung unserer Kräfte, auf die betriebliche Mobilisierung der Arbeiter hoffen. Amoße Selbmann die Kämpfe in Belgien, Varen, Thüringen und England im Zusammenhang mit den Aufgaben der Kommunistischen Partei und ihrer Bilderrisse behandelte, wies er auf die internationale Bedeutung des lädierten Textilarbeiterkampfes hin. Zur Mobilisierung im Betrieb muß auch die Mobilisierung der gewerkschaftlichen Arbeiter verstärkt werden. Die Unternehmer arbeiten auf einen tarifloren Zustand hin und die Gewerkschaftsbürokraten kommen ihnen entgegen mit ihrer Einstellung auf einen tarifloren Zustand. Dieser aber bedeutet, einen Betrieb nach dem anderen abzurufen zu lassen.

Unschlüssig sprach Genoße Karl ausführlich über die Durchführung der Delegiertenwahl zum Kampftag gegen den imperialistischen Krieg in Amsterdam und über die Vorbereitung der Kommunalwahlen.

Spontane Frauendemonstration in Leipzig gegen Hunger und Not
Wie die Leipziger Rassen Nachrichten wußten, kam es am 19. August in Leipzig zu einer spontane Demonstration von Arbeitersfrauen. In geschlossener Juge marschierten die Frauen durch die Petersstraße und brachten in Sprechchören ihren Hunger zum Ausdruck und forderten gleichzeitig Arbeit und Brod. Wie die RBB meilen, legten sich die Frauen gegen die Polizei zur Wehr, als die Sicherheitskräfte die Frauen aus dem Haus führten. Die Polizei legte ein Sicherheitskommando gegen die Frauen ein.